



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

04. hét

2019.01.21.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Ungarische Innenpolitik** – Die zuletzt vorgetragene Strategie einer geschlossenen Opposition verlor im Januar an Popularität, weil gleich mehrere politische Akteure in der vergangenen Woche damit ihr Glück versuchten, den eigenen Interessen entsprechend weitere Sympathisanten für sich zu gewinnen. Nach Angaben des Nézőpont-Instituts könnte es im Falle der Aufstellung einer gemeinsamen Oppositionsliste zu beträchtlichen Stimmverlusten kommen.
- **Wirtschaftspolitik** – Die Behauptung der Oppositionsparteien und einzelner Medien in Bezug auf die verspätete Rentenzahlung entsprach nicht der Realität, nachdem die Auszahlungen von Seiten des Fiskus in Wirklichkeit ordnungsgemäß bei den Banken eingingen. Die Opposition war darum bemüht, die Angelegenheit zum Schüren einer hysterischen Stimmung auszunutzen, was aber nicht gelang.
- **Außenpolitik, Außenwirtschaft** – Dem am ehesten realistischen Szenario folgend dürfte bis zum 29. März eine Verlängerung der zweijährigen Austrittszeit erreicht werden, nachdem das britische Unterhaus die von Theresa May eingereichte Vorlage einer Brexit-Vereinbarung mit großer Mehrheit ablehnte. Ein ungeordneter Brexit würde niemandem zum Vorteil gereichen, weshalb auch die ungarische Regierung bereits zuvor ihren Standpunkt formulierte, dieses Szenario zu vermeiden.
- **Nachrichten, die Beachtung verdienen** – Der wegen der Attacken auf die Polizei an der Grenzübergangsstelle Röszke verurteilte zyprische Staatsbürger muss laut einem Gerichtsurteil vom 19. Januar das Territorium Ungarns verlassen. Verschiedene internationale und einheimische NGO bemühten sich seit dem Skandal wiederholt, die Urteile der ungarischen Gerichte zu negieren, indem sie Techniken der dezenten Druckausübung zur Anwendung brachten. Diese Angelegenheit könnte auch Teil des Europawahlkampfes werden.

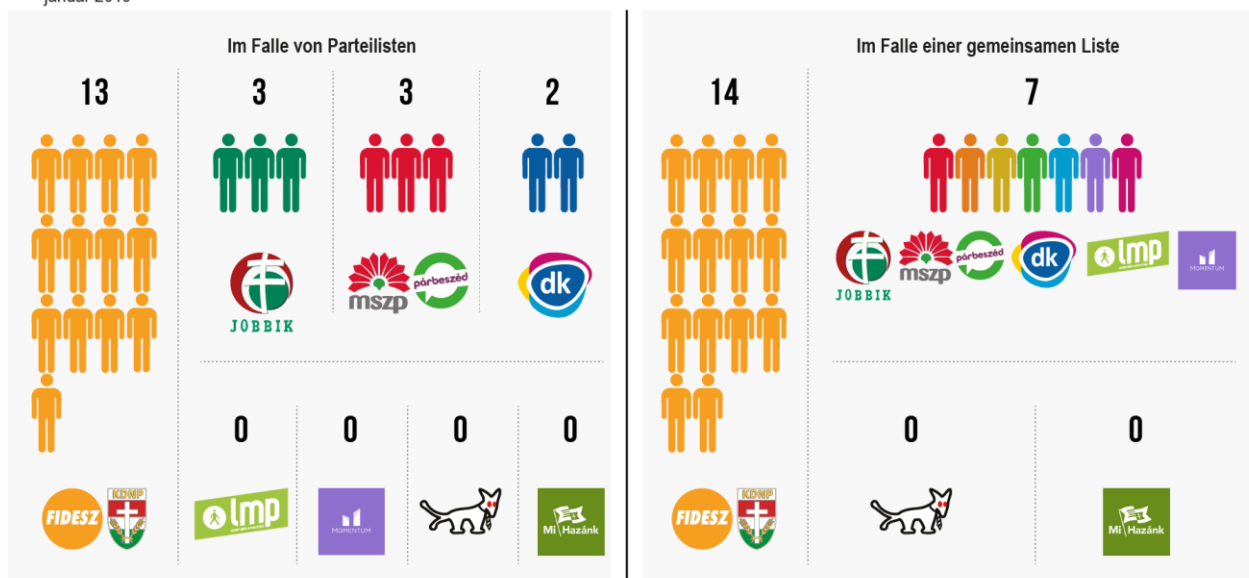
UNGARISCHE INNENPOLITIK

MIT DER AUFSTELLUNG EINER GEMEINSAMEN LISTE KÖNNTE DIE OPPOSITION EIN MANDAT VERLIEREN

Laut aktueller Erhebung des Nézőpont-Instituts könnte die Opposition im Falle eines gemeinsamen Antretens bei den Wahlen zum Europaparlament im Mai ein Drittel der Jobbik-Anhänger und ein Fünftel der Wähler des linken Lagers verlieren. Das größte Hindernis für einen kompletten Zusammenschluss dürften – abgesehen von den Interessenkonflikten – die Stimmenverluste darstellen.

Nach den intensiven Aktionen der Opposition vom Dezember ließ die Laune zu Protesten und Demonstrationen im Januar nach. Obendrein begannen einzelne Akteure der Opposition, abweichende Strategien zu verfolgen: Bernadett Szél und Ákos Hadházy – die einst Co-Vorsitzende der LMP waren und zum jetzigen Zeitpunkt als fraktionslose Abgeordnete im Parlament sitzen – versuchten im Rahmen einer eigenständigen Aktion, neuerlich auf eine inkorrekte Weise in das Hauptgebäude der Medienanstalt MTVA einzudringen, um seither andauernd den Anschein zu erwecken, dass sie nonstop in dem Gebäude verweilen, bis sie endlich ihre Forderungen durchsetzen können. Für die übrigen Oppositionspolitiker gelangte die Umsetzung des vollständigen Zusammenschlusses der Opposition in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten.

SCHÄTZUNG DER MANDATE IM EUROPAPARLAMENT: MIT EINER GEMEINSAMEN LISTE WÜRDTE DIE OPPOSITION SCHLECHT FAHREN januar 2019



Die in diesem Zusammenhang erstellte repräsentative Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts zeigte auf, dass die Opposition unter den aktuellen Kräfteverhältnissen mit einer gemeinsamen Liste schlecht fahren würde. Sollten die Oppositionsparteien nämlich einzeln antreten, dürften die Regierungsparteien von den 21 möglichen Mandaten 13 Sitze im Europaparlament erringen, während es die Jobbik auf 3 Sitze, MSZP und DK auf jeweils 2 Sitze brächten. Im Falle einer gemeinsam aufgestellten Liste der Opposition wiederum kämen Fidesz-KDNP auf 14 Sitze und die Opposition nur auf 7 Sitze. Im Hintergrund des verlorenen Mandats sind Stimmenverluste zu sehen: Demnach würden 33 Prozent der Jobbik-Anhänger sowie 20 Prozent der MSZP-Wähler aller Wahrscheinlichkeit nach deshalb nicht für die gemeinsame Liste stimmen, weil der „Regenbogen-Koalition“ auch der unsympathischste Politiker Ferenc Gyurcsány und dessen DK angehören würden. Die Ablehnung des Ex-Ministerpräsidenten unter den Ungarn fällt unverändert extrem hoch aus und erreicht 73 Prozent. Damit bleibt er weiterhin der unbeliebteste ungarische Politiker, den unter den Jobbik-Anhängern gleich 84 Prozent, aber selbst noch im Lager der Linken eine Mehrheit von 55 Prozent ablehnen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DER FISKUS VERSPÄTETE SICH NICHT MIT DER AUSZAHLUNG DER RENTEN

Wie der Fiskus informierte, erfolgten die Überweisungen auf die Konten der Empfänger von Rentenleistungen am 11. Januar 2019 ordnungsgemäß. Ebenso gingen die Auszahlungen von Seiten der Banken reibungslos vonstatten, wobei die Geldinstitute allerdings einen minimalen Fehler begingen: Die SMS zur Unterrichtung über die erfolgte Überweisung gingen nicht hinaus.

Die Oppositionsparteien versuchten, die Meldungen von verspäteten Rentenanweisungen auszunutzen, um Hysterie und Panik zu schüren, nachdem mehrere Nachrichtenportale berichtet hatten, dass die betreffenden Beträge am 11. Januar nicht bei der Bevölkerung eingegangen seien. In Verbindung mit diesen Nachrichten stellte sich in der Zwischenzeit heraus, dass diese auf fehlerhaften Informationen beruhten: Der Fehler trat nämlich nicht beim Fiskus auf, lediglich die bei den Banken falsch eingestellten SMS-Nachrichten gingen nicht parallel zur Überweisung der Rentenleistungen an die Betroffenen raus.

Jene, denen ihr Geld auf das Bankkonto überwiesen wird, erhalten die Rente jeweils am 12. eines Monats, ausgenommen Monate, in denen dieser Tag auf das Wochenende fällt. Die Vertreter mehrerer Banken räumten ein, dass die SMS-Nachrichten wegen des fehlerhaft eingestellten Systems tatsächlich nicht am Freitag, sondern wegen der internen Bankabläufe erst am Samstag oder gar erst am Montag rausgeschickt wurden. Wer also keine Internetbank nutzt, konnte somit nicht erfahren, dass das Geld bereits auf dem Konto eingetroffen war. Mit anderen Worten handelte es sich nicht um ein Problem auf Systemebene; so wie in jedem einzelnen Monat seit 2010 gelangten die Rentenleistungen auch im Januar wieder rechtzeitig auf die Bankkonten.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

POLITISCHES PATT NACH DER ABSTIMMUNG IM BRITISCHEN UNTERHAUS

Das britische Unterhaus – House of Commons – hat gegen jene Brexit-Vereinbarung gestimmt, die durch die konservative Premierministerin Theresa May mit der Führung der Europäischen Union ausgehandelt worden war. Im Sinne dieser Entscheidung würde es Ende März nach aktuellem Stand zu einem ungeordneten Austritt und somit zur Verwirklichung des denkbar schlechtesten Szenarios kommen.

In Verbindung mit dem Ausscheiden Großbritanniens sind auch weiterhin zahlreiche Alternativen gegeben, wobei es jedoch zunehmend unwahrscheinlicher wird, dass es am 29. März zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union passiert, dass ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlässt. Es gibt gleich zwei Gründe, warum es nicht dazu kommen wird:

1. Die zweijährige Frist für die Verwirklichung des Brexit darf verlängert werden, sofern der Europäische Rat einhellig und in Übereinstimmung mit dem betroffenen Mitgliedstaat eine Verlängerung der gesetzten Frist beschließt.
2. Die britische Innenpolitik konzentriert sich gar nicht darauf, den Brexit zu bewerkstelligen; alle relevanten politischen Akteure sind bestrebt, die Sache im eigenen Interesse auszunutzen, weshalb der Vorsitzende der Labour Party, Jeremy Corbyn, davon sprach, dass einzig und allein Neuwahlen des Parlaments eine Lösung in dieser vertrackten Lage herbeiführen könnten.

Im Londoner Unterhaus lehnten 432 Abgeordnete die Brexit-Vorlage ab, der gerade einmal 202 Abgeordnete zustimmen konnten. Das bedeutete zugleich die schwerste Niederlage einer Regierung

in der Geschichte des modernen britischen Parlamentarismus für May, gegen die sogleich ein Misstrauensantrag eingebracht wurde. Später erhielt die Premierministerin allerdings doch wieder das Vertrauen der Abgeordneten.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung hat sich im jüngsten Brexit-Dokument niedergeschlagen: Erstrangige Zielstellung war es zu vermeiden, dass die Rechte der auf der Insel arbeitenden und lebenden ungarischen Bürger geschmälert werden. Parallel hierzu hielt der ungarische Ministerpräsident wiederholt fest, dass der Brexit von Seiten der Gemeinschaft ohne Behinderungen vor sich gehen müsse. Die britische Premierministerin Theresa May hatte früher zum Ausdruck gebracht, dass mit einem Austritt ohne Übereinkunft die in Großbritannien lebenden EU-Bürger am schlechtesten fahren würden. Um dies zu vermeiden, lehnt Ungarn ebenso eine Beschneidung der Rechtsbefugnisse britischer Arbeitnehmer in der Gemeinschaft ab. Die Führung in Brüssel wiederum ist bestrebt, den in Verbindung mit dem Brexit ausgestalteten britischen Standpunkt einer gewährten Souveränität zu diskreditieren. Den jüngsten Informationen zufolge wird das Unterhaus am 29. Januar über jene Vorlage abstimmen, die von der Regierung – nach Konsultationen mit den Abgeordneten – in Bezug auf den weiteren Verlauf des Brexit zusammengestellt wird.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

AM 19. JANUAR WURDE AHMED H. AUS UNGARN AUSGEWIESEN

Jene Angelegenheit, die mit dem Namen des wegen Terrorhandlungen an der Grenzübergangsstelle Röszke im September 2015 verurteilten Ahmed H. verbunden ist, ist politischer und nicht juristischer Natur. Das Tafelgericht Szeged verurteilte Ahmed H. rechtskräftig zu fünf Jahren Gefängnis mit anschließender Abschiebung aus Ungarn für 10 Jahre. Ahmed H. verklagte vergangene Woche das Kabinettbüro des Ministerpräsidenten, weil ein Satz der Nationalen Konsultation von 2017 über den Soros-Plan mit Bezug auf seine Person nach seiner Darstellung seinen guten Ruf schädigte. Schon während der Verhandlung seines Falls wurde früher wiederholt versucht, die Tätigkeit der unabhängigen ungarischen Justiz mittels Druckausübung in verschiedenen Foren zu beeinflussen: So wurde Ahmed H. in einem gesonderten Kapitel des viele Ungereimtheiten aufweisenden Sargentini-Berichts in Schutz genommen, kam es zu einem Beschluss des Europaparlaments, mit dem Ungarn verurteilt wurde, wie sich auch die größte liberale Fraktion im Europaparlament, ALDE, und die

europäische Vizepräsidentin von Amnesty International, Gauri van Gulik, für ihn starkmachten. Die von diesen Seiten formulierten Argumente besagten, Ahmed H. müsse auf freien Fuß gesetzt werden, nachdem das ungarische Gericht die Definition von Terrorhandlungen nicht korrekt interpretiert habe.

Hinter der Druckausübung von Seiten internationaler und einheimischer NGO stehen der zunehmend intensivere Europawahlkampf sowie der hohe Einsatz bei den Wahlen zum Europaparlament. Ein Großteil der im Zuge des Gerichtsurteils aktivierten NGO wurde zuvor mit Geldmitteln der durch George Soros finanzierten und unterhaltenen Open Society Foundations bedacht. Die Zielstellung lautet nicht weniger, als die strenge, aber konsequente Einwanderungspolitik der ungarischen Regierung im In- und Ausland gleichermaßen zu diskreditieren.

ANFANG 2019 KOMMT ES ZU STANDORTERWEITERUNGEN VON STRATEGISCHER BEDEUTUNG

Mercedes-Benz, Eissmann, Bosch und FAG haben für Anfang 2019 Standorterweiterungen bekanntgegeben, die nicht nur aus dem Gesichtspunkt einer weiter fallenden Erwerbslosenquote, sondern ebenso für das Erreichen des für 2019 zum Ziel gesetzten Wirtschaftswachstums von ungefähr vier Prozent von entscheidender Bedeutung sein werden. Der ungarische Ministerpräsident formulierte kürzlich, „die Regierung steht auf dem Standpunkt, wenn wir nicht in den vor uns liegenden zwei, drei Monaten, also noch im ersten Quartal Maßnahmen ergreifen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, dann wird das Wirtschaftswachstum mit voraussichtlich 3,9 Prozent in diesem Jahr unter den erhofften vier Prozent bleiben“. Ungeachtet der angekündigten Investitionen wird es ein Paket zusätzlicher Maßnahmen von Seiten der Regierung geben, die nach der im Februar anstehenden Rede zur Lage der Nation des Ministerpräsidenten – unter Berücksichtigung der Entwicklung der makroökonomischen Indikatoren – bekanntgegeben werden dürften.

PROGNOSE

Ausgehend vom Gesetzgebungsprogramm der Regierung für das Frühjahr 2019 dürfte die Regierung **18 konkrete Gesetzentwürfe im Parlament einreichen**. Die wichtigste Veränderung wird die Modifizierung einzelner Gesetze in Verbindung mit der Aufstellung der Verwaltungsgerichte bringen, zu der es im April kommen dürfte. Eine weitere wichtige Vorlage wird der Finanzminister zur Begründung des ungarischen Staatshaushalts 2020 einreichen. Die möglichst frühe Offenlegung des Haushaltsentwurfs dient der Berechenbarkeit und fördert die Stabilität. Im Jahre 2012 reichte die Regierung den Haushaltsentwurf erstmals „vorzeitig“ ein, nämlich am 30. Juni 2012. Im Sinne der gesetzlichen Vorgaben muss dies bis zum 31. Oktober des betreffenden Jahres geschehen, wobei jede frühere Regierung bestrebt war, die Haushaltsdebatte im Parlament so weit wie möglich aufzuschieben.